

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Redaktionsamt: Riesner Platz, Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Landeshauptmanns, des Landgerichtsrats, des Kreisamts, des Kreisgerichts und des Rates der Stadt Ries, des Finanzamts Ries und des Sanitätsamts Wien.

Verlagsamt: Wien 1880, Grabstraße Nr. 22.

Nr. 280.

Sonntag, 2. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, Sonntag ausgenommen, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Barm. Für den Fall des Nichterhaltens von Druckfertigstellungen, Verhörungen der Presse und Materiallieferung behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 8 Uhr vormittags anzukommen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (10 Zeilen) 50 Pfennig; bis 8 mm breite Zeile 100 Pfennig; je nach Umfang und Inhaltliche Gestaltung; je nach Umfang und Inhaltliche Gestaltung. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Anzeigen oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. — Verantwortlich für den Inhalt: Direktor: Heinrich Kellmann, Wien; für den Vertrieb: Wilhelm Dittich, Wien.

## Die Regierungstrife in Polen.

### Piłsudski's Niederlage.

Der polnische Staatspräsident hat den Marschall Piłsudski mit der Regierungsbildung beauftragt. Es wäre durchaus falsch, die Ernennung Piłsudski als einen Erfolg seiner Politik zu betrachten oder in ihr eine neue Festigung seiner Machtposition zu sehen. Die Tatsache, daß der Marschall selbst die Bildung der neuen Regierung übernimmt, zeigt vielmehr, daß in den Kreisen, die ihm politisch nahe stehen und auf deren Einfluß er seine Machtposition aufbaut, die Lage als überaus kritisch angesehen wird. In der Tat, das was sich in der letzten Zeit in Warschau abgespielt hat, war der rücksichtslose Kampf zwischen der Regierung, als Piłsudski, und dem Sejm. In diesem Kampf, wenigstens in seiner Anfangsphase, hat das Parlament einen unläugbaren großen Erfolg davongetragen. Die Gegenüberstellung der Opposition gegen Piłsudski, die kurz nach dem Staatsstreich im Mai einsetzte, anfangs vielleicht nicht ohne Erfolg in Erscheinung tretend, hat sich im Verlauf der letzten Monate außerordentlich verstärkt. Obwohl Piłsudski die ihm in der immer härter werdenden Erkenntnis, daß die Verfassungen, die der einseitige Nationalismus Polens seinem Volke zu Beginn seiner Revolution gab, in fast keinem Punkte im wesentlichen wurden, daß der Erfolg der Reformpläne des Marschalls ausblieb und schließlich in der letzten Beschlusse, daß Piłsudski im Grunde genommen wirklich nicht der starke Mann ist, die energiegeladene Persönlichkeit, wie er es — durch Worte, durch Taten — machen wollte. Das letzte, was schon zu der Zeit, als Piłsudski versuchte, die Errungenschaften der Revolution und seinen persönlichen Sieg sicherzustellen. Er lehnte es ab, mit bewaffneter Hand die letzten Reste seiner Unterwerfung in den Städten der Provinz Polen zu erzwingen. Um die Wende zum Herbst, als die Entscheidung über die Wahlfrage in das Gebiet parlamentarischer, also von Mehrheitsbeschlüssen. Und da es auf die Dauer niemals ein Parlament geben wird, das sich freiwillig seinem Selbstbestimmungsrecht beugt, gestützt auf dem Willen einer Regierung unterordnet, so mußte es zu der Kraftprobe kommen, die zeigen sollte, wer der Stärkere ist. Das Parlament oder die Diktatur. Da aber in Wirklichkeit durch eigenen Willen Piłsudski in Polen eine Diktatur nicht bezieht, so mußte sich der Sieg des Parlaments von selbst ergeben. Zunächst stellten der Opposition zwei Minister zum Opfer, nicht auf Grund von Minderheitsentscheidungen, sondern lediglich auf Grund der Ablehnung des ganzen Regierungskurses durch eine Parlamentsmehrheit. Noch einmal versuchte die wankende Regierung, also Piłsudski, der hinter ihr stand, dem konzentrischen Stolz des Parlaments zu begegnen. Der Staatspräsident betraute nochmals die zurückgetretenen Ministerpräsidenten mit der Kabinettsbildung, die auch genau in der alten Zusammensetzung erfolgte. Diese Kampfanlage der Regierung an das Parlament wurde noch dadurch verstärkt, daß angekündigt wurde, der Sejm werde aufgelöst werden, wenn er gegen die „neue“ Regierung stünde. Jeder diese Drohung hinwegsehend, brachte ein Mehrheitsbeschluss des Sejm das Kabinett dennoch wieder zu Fall. Das Erkenntnis trat ein: Das Kabinett Piłsudski trat zurück und der Sejm wurde nicht aufgelöst.

Die letzte Betätigung Piłsudski mit der Bildung der neuen Regierung läßt daher eher erkennen, daß Piłsudski hofft, den schweren Verfallzustand, den seine Partei durch die geringe Schwäche zu verzeichnen hat, durch sein Erscheinen auf der offiziellen politischen Arena wieder wegzumachen. Vielleicht ist er der Ansicht, daß seine Popularität, sein Einfluß und sein Name noch immer Momente sind, die den Lauf der Dinge so, wie er ihn wünscht, bestimmen können. Ob er sich hiermit nicht selbst überhöhet? Man hat festgestellt, daß er seine Macht in der Hauptstadt nur auf die Unterstützung der Militärtruppe aufbaut, die er durch Erhöhung der Mannschaftsbesoldung und Offiziersgehälter vielleicht stärker als früher an seine Person gefesselt haben dürfte. Der unglaubliche Mordfall, der sich verschiedene aktive Offiziere der polnischen Armee in voller Uniform auf ein oppositionelles Mitglied des Sejm leisteten, zeigt zur Genüge das Temperament, mit dem im Militärlager der Kampf für Piłsudski betrieben wird. Aber gleichzeitig auch die Nervosität, die keinesfalls ein Zeichen von Stärke und Juvenskraft sein dürfte.

Aus all dem Vorhergehenden in den letzten Tagen ergibt sich jedenfalls, daß der Kampf in harten Klammern ist. Wenn man in diesem Ringen um die Oberhand den Sieg wünschen könnte, ist schwer zu sagen. Denn schließlich sind auch die Gegner Piłsudski bisher dem Beweis schuldig geblieben, daß sie etwas leisten können.

## Eine neue Rede St. Silberbergs.

1. Düsseldorf, 1. Oktober. Auf der Jahresversammlung des Vereins zur Wahrung der Wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen sprach St. Silberberg in seiner Rede u. a. aus: In meiner Dresdener Rede habe ich das politische Gebiet getrennt und zwar mit Rücksicht. In Deutschland ist eine Trennung der politischen Fragen, welche für das wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes von Bedeutung sind, von politischen Dingen unmöglich. Das ist eine Folge der Revolution. Wir müssen und klar sein, daß für das deutsche Unternehmertum und die deutsche Wirtschaft die bestehenden Fragen von einer Stelle entschieden werden, die sich nach dem politischen Gesichtspunkt zusammensetzen. Es ist

## Wichtiger kommunaler Antrag zum Finanzausgleich.

Berlin, 1. Oktober. Wie die Telegrammenunion erzählt, haben die folgenden Kommunalverbände der Reichshauptstadt, die Gewerkschaft der Provinzialen, der deutsche und preussische Bauernverband, der preussische und deutsche Landgemeindevorstand, der preussische Verband der Landgemeinden, der Reichsverband sowie die zahlreichen amtlichen Verbände einen Antrag unterzeichnet, der grundsätzliche Vorläufe dieser Kommunalverbände für die weitere Behandlung des Finanzausgleiches und der damit eng verbundenen Grundsteuer enthält.

Rundem bereits kürzlich der eine der großen kommunalen Spitzenverbände, der Deutsche Städteverband auf seiner Jahresversammlung vom 17. September in Ansbach, um die Lösung dieses wichtigen Problems gemeinsam zu handeln, haben nunmehr auch die vorgenannten Kommunalverbände grundsätzliche Erklärungen zu dieser großen Frage abgegeben.

Bezüglich des Finanzausgleiches wird gefordert, daß die schematische Herabsetzung der gegenwärtigen Belastung zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände möglichst nicht über den 1. April 1928 hinaus verzögert werde. Für die Durchführung wird angefordert, daß der Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 Prozent auf die alte Höhe von 90 Prozent unter Verlangung der für die Jahre 1925 und 1926 vorgesehenen Mindestsätze verlängert und nach dem Verhältnis der durch die Abänderung auf 90 Prozent verbleibenden Steuerbeiträge erhöht werden. Deswegen wird die Verlängerung der Mindestsätze für die Umfassung gefordert. Ebenso wird die Wiederherstellung des Mindestsatzes zur Einkommen- und Körperschaftsteuer beantragt.

Auch die Bekämpfung einer verheerenden Inflation Grundsteuer wird gefordert, obwohl die gegenwärtige

sache, daß in Deutschland alle wirtschaftspolitischen Fragen in politischem Sinne entschieden werden. Darin liegt für die Unternehmer eine große Gefahr. Diese Gefahr würde noch größer werden, wenn wir nicht den Mut hätten, uns mit diesen Dingen zu befassen. Es geht nicht an, eine große politische Partei von der Regierung abzuschließen, die von großen Arbeitermassen gewählt worden ist. Ich habe meine Dresdener Rede stehen oder acht Herren des Präsidialrates des Reichsbundes der Deutschen Industrie vorgelegt, die damit einverstanden waren. Ich habe die Hoffnung, daß das Zentrum ist, in der ein guter Kern liegt. Ich hoffe, das Unternehmertum und Arbeiterchaft sich auf einer Linie zusammenfinden, wenn Entscheidungen fallen, die für unser ganzes Wirtschaftsleben und für das politische Leben entscheidend sind.

## Paris und Germersheim.

Als die Germersheimer Mordtat in Paris bekannt wurde, bemüht sich die Zeitungen aller politischen Richtungen, den Fall mit möglichstem Stillhaltevermögen zu übergehen. Es fanden sich wohl einige Stimmen, die ihr Bedauern über den Verfall ausdrückten. Aber im allgemeinen beruhigte man sich mit der „Behandlung“, daß der französische Offizier zu seiner Tat durch das Verhalten der Deutschen provoziert worden sei. In der Beurteilung des Germersheimer Verbrechens durch die Pariser Presse, machte sich in den letzten Tagen eine übertriebene Beudung bemerkbar. Insbesondere hat das Telegramm des Bürgermeisters an den Völkerbund die Presse in Aufregung versetzt. Man vertritt in fast allen Zeitungen Paris' jetzt die Ansicht, daß dieses Telegramm, das als „verlogen und unerschämmt“ bezeichnet wird, auf angebliche Treibereien deutscher Nationalisten zurückzuführen sei. Es sei ein unheilbarer Zustand, wenn jeder Bürgermeister seine Beschwerden unmittelbar an den Völkerbund richten wollte. Die Presse begnügt sich nicht allein mit der Verteidigung, sie geht auch zum Angriff über. So behauptet der „Petit Parisien“ in einem Artikel, der offenbar von offizieller Seite beeinflusst ist, daß die französische Regierung bis jetzt bemüht gewesen wäre, die Angelegenheit mit möglichstem Stillsitzen zu behandeln. Dies sei jedoch nicht mehr möglich. Denn die „nationalistische deutsche Presse“ eröffne wie auf ein Kommando einen heftigen Feldzug gegen die französische Besatzung. Es handle sich offenbar um ein Manöver der deutschen Nationalisten, durch das der deutsch-französische Verhandlungen Schwächen offenbart werden sollten. Vielleicht denke sogar die Reichsregierung daran, auf diesem Zwischenfall Vorstöße zu machen, um in einer unerwarteten Form ihre diplomatischen Argumente zu unterstützen.

Diese Beurteilung, die die Pariser Presse des Nordost von Germersheim angeheben läßt, ist eine Ungeheures. Zunächst ist festzustellen, daß es nicht allein die rechtgerichtete Presse Deutschlands ist, die auf Grund des blühigen Vorfalls die Unerschämtheit der Besatzung im Rheinland beklagt. Es gibt wohl keine einzige Zeitung in Deutschland, die nicht ein solches Parteiprogramm angelegt hat, die nicht in dem Vorhandensein der fremden Besatzung die Hauptursache des Verbrechens erkennt. Es ist begreiflich, daß eine solche Erkenntnis in Paris nicht große Freude auslöst. Wenn die Zeitungen der Reichshauptstadt glauben durch solche Zurückweisungen und Entstellungen die Unerschämtheit des Germersheimer Mordes zu verkleinern, so täuschen sie sich.

Form der Erhebung und sozialen und wirtschaftlichen Gründen während nicht für tragbar gehalten wird. Die Notwendigkeit einer Neuregelung nach dem 31. März 1928 mit hervorzuheben.

Grundsätzlich wird gegen den Vorstoß, die Grundsteuer in eine individuell angemessene abhörbare Amortisationsrate zu verwandeln, Stellung genommen, da durch deren Verwertung zugunsten der öffentlichen Hand die gesamte Aufwertungsfrage wieder ins Rollen gebracht wird. Der Finanzbedarf für die öffentlichen Arbeiten zu den jährlich benötigten 200 000 Reichsmark im Reichslande nicht durch Erhöhung der Grundsteuer, die natürlich eine erhebliche Steigerung der Mieten bringen würde, gedeckt werden, sondern nur durch Aufnahme von Anleihen im In- und Ausland. Die Grundsteuer brauche dann nur vorwiegend für den Zinsen- und Tilgungsdienst dieser Anleihen herangezogen zu werden.

Die dadurch eintretende Senkung der Grundsteuer würde eine weitere Erhöhung der Mieten verhindern, ohne zu einer einseitigen Beschränkung des Grundbesitzers zu führen. Der Antrag betont besonders, daß dieser von den kommunalen Verbänden vorgeschlagene Weg am besten die allmähliche Abkehr zur freien Wirtschaft ermöglicht, da nur eine in ihrer Höhe ständig wandelbare öffentliche Abgabe allen billigerweise zu stellenden Forderungen gerecht werden kann.

Nähere Einzelheiten dieser grundsätzlichen Stellungnahme werden von den Kommunalverbänden für die nächste Zeit angefordert. Die vorher notwendige Abstimmung mit der Wirtschaft ist bereits in die Wege geleitet. Klaren Verneinungen nach wird das Reichsfinanzministerium bereits in den nächsten Tagen die Richtlinien dieses Antrages mit den Finanzministern der Länder durch beraten.

Dem Germersheimer Verbrechen folgte die Mordtat in Lodien. Blicken wir zurück auf die Geschichte der Besatzungszeit, so haben wir festzustellen, daß sie mit viel Blut geschrieben ist. Wenn wir daher schon aus diesem Grund die Entscheidung der Besatzung fordern, so wird die Welt Verständnis für diese Notwendigkeit nicht gut vertragen können.

### Schulmeister Holzmann verhaftet.

1. Germersheim. Wie wir von ununterrichteter Seite erfahren, fand gestern in Landau eine Konfrontation zwischen dem französischen Reserveunterleutnant Rouzier und dem bei dem bekannten Zwischenfall in der Sonntagnacht in Germersheim durch einen Schuss verletzten Schulmeister Holzmann statt. Nach der Konfrontation wurde Holzmann von der französischen Behörde für verhaftet erklärt unter der Begründung, daß er Rouzier geschulden habe.

1. Landau. Zu der Verhaftung des Schulmeisters Holzmann durch die französische Besatzungsbehörde wird noch gemeldet, man habe dem Verletzten auf den Kopf zugehakt, er habe Rouzier geschlagen, bevor dieser zur Rettung und nachher zur Pflanzung habe greifen können. Als Holzmann dies energisch bestritt, habe man erklärt, ihn so lange in Gewahrsam behalten zu wollen, bis er die Wahrheit sage. Rouzier soll sich in einem Landauer Hotel als Zimmerkassierer befinden und sich in den Straßen ohne Begleitung frei bewegen können.

1. Germersheim. Bei der vor der französischen Besatzungsbehörde in Landau durchgeführten Konfrontation des Reserve-Unterleutnants Rouzier mit dem Schulmeister Holzmann, die zu der bereits gemeldeten Verhaftung Holzmanns führte, wurden auch drei weitere Deutsche aus Germersheim dem Leutnant Rouzier gegenübergestellt und vernommen. Diese drei nach der Vernehmung wieder entlassenen Germersheimer Bürger waren, wie man erst jetzt erfährt, bereits am Sonntag in Germersheim in den französischen Büros bis zum Abend festgehalten worden.

Das Telegramm des Bürgermeisters von Germersheim an den Völkerbund.

1. Genf. Vom Bürgermeister von Germersheim ist im Generalsekretariat des Völkerbundes ein Telegramm eingegangen, in welchem der Bürgermeister gegen die Zwischenfälle, welche sich kürzlich angeordnet haben, so wie gegen die französische Besatzung protestiert und eine Unterzeichnung des Völkerbundes über die Angelegenheit verlangt. Der Generalsekretär beschränkte sich darauf, wie in analogen Fällen, dem Bürgermeister von Germersheim den Empfang seines Telegrammes zu bestätigen. Bekanntlich kann der Völkerbund nur durch Regierungen und nicht durch eine Gemeindebehörde angesprochen werden.

## Der Stand der Typhusvertrugungen in Hannover.

Hannover. (Funkpruch). Seit Freitag morgen sind aus dem Krankenhause 20 Personen als gesund entlassen und 17 Erkrankte neu aufgenommen worden, während 3 Personen gestorben sind. Die Gesamtheit der Kranken und Typhusverdächtigen betrug heute Sonnabend morgen 1715, die der Genesenen 168.

### Typhusfälle in Weidreitham.

Weidreitham. (Funkpruch). Die Ostdeutsche Morgenpost meldet aus Weidreitham: Die Zahl der im hiesigen Krankenhaus untergebrachten Typhuskranken ist auf 6 gestiegen.